

Pilotprojekt der Stadt Graz startet im Jänner 2024

Anstellung pflegender Angehöriger

Um pflegende Angehörige finanziell abzusichern hat die Grazer Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ ein Pilotprojekt ins Leben gerufen. Ziel des neuen Modells ist es, pflegende Angehörigen finanziell mit einer Anstellung vor Altersarmut zu schützen.

Pflegende Angehörige sind nach wie vor die größte Personengruppe im Bereich der Pflegebetreuung. Angehörige zu pflegen ist jedoch physisch und psychisch belastend. In ihrer Fürsorge gehen Verwandte oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Dazu kommt die Unsicherheit, ob alles richtig gemacht wird, damit die zu pflegende Person nicht zu Schaden kommt. Die Herausforderungen nehmen mit der Zeit zu und dies geht oft auf Kosten von Beruf und Familie. Viele Angehörige übernehmen diese Aufgaben gerne, doch sie benötigen dringend unterstützende Strukturen, um finanziell abgesichert zu sein. Darum hat man in Graz ein Pilotprojekt ins Leben gerufen, um pflegende Angehörige finanziell abzusichern.

Im ersten Jahr können 15 Personen angestellt werden, die Angehörige mit den Pflegestufen 3, 4 und 5 betreuen. Das Gehalt richtet sich nach Stundenanzahl



FOTO: SABINE VAN ERP/PIXABAY

Im Jänner 2024 startet in Graz ein Pilotprojekt zur Anstellung pflegender Angehöriger.

und Pflegestufe. Bei Pflegestufe 3 und 20 Wochenstunden sind es 1.200 Euro netto, bei Stufe 4 und 30 Stunden sind es 1.600 Euro netto und bei Stufe 5 und 40 Wochenstunden kommt man auf 2.000 Euro netto. Das Pilotprojekt wird laufend evaluiert, um stetige Verbesserungen durchführen zu können.

KPÖ-Gesundheits- und Pflegestadtrat **Robert Krotzer** setzt auf die Vorbildwirkung des Projekts: „Das neue Grazer Modell ist ein erster wichtiger Schritt zur Absicherung von Menschen, die für die Pflege ihrer Angehörigen physisch und

psychisch an ihre Grenzen gehen. Wir entlasten sie damit und nehmen ihnen zumindest ihre finanziellen Sorgen. Wir hoffen, dass das Land Steiermark das Modell übernehmen wird.“

Die Leiterin der Grazer Pflegedrehscheibe, **Norma Rieder** ergänzt: „Die Sicherung der Versorgungsqualität der pflege-

bedürftigen Menschen in ihrem Wohnumfeld ist für uns ein zentrales Anliegen. Daher legen wir unser Augenmerk auf die qualitätssichernde Begleitung. Im Rahmen dieser werden u.a. Kurse für pflegende Angehörige und qualitätssichernde Hausbesuche durch die Amtssachverständigen der Pflege angeboten.“

INFOVERANSTALTUNGEN IM NOVEMBER

TERMIN 1: 15. November, 11 Uhr (Anmeldung bis 12. November)

TERMIN 2: 20. November, 16 Uhr (Anmeldung bis 16. November)

WO: Hörsaal Albert Schweitzer, Geriatriische Gesundheitszentren Graz, Albert-Schweitzer-Gasse 36, 8020 Graz

WIE: Anmeldungen unter pflegedrehscheibe@stadt.graz.at

Wohnen darf nicht arm machen!

Ein Dach überm Kopf, das brauchen wir alle. Ein Zuhause, in dem man sich wohlfühlt, ist ein großes Stück Lebensqualität. Dazu gehört auch, dass man keine Sorgen haben muss, die eigene Wohnung nicht mehr bezahlen zu können. Für immer mehr Menschen ist das aber längst bedrückender Alltag. Die Wohnkosten steigen seit vielen Jahren stark. Ein Ende der Teuerung ist nicht in Sicht.

Alle reden vom Wohnen – und dann?

In den letzten Monaten war eine interessante Entwicklung zu beobachten: Eine Partei nach der anderen entdeckt das Thema „Leistbares Wohnen“ für sich. Ob es etwas damit zu tun hat, dass im kommenden Jahr die nächste Nationalratswahl und die steirische Landtagswahl anstehen? Das Muster kommt vielen Menschen nur allzu bekannt vor: Vor einer Wahl versprechen alle das Blaue vom Himmel, aber schon am Tag nach der Wahl sind die Versprechungen vergessen und alles geht weiter wie zuvor.

„Erhöhung“ der Wohnunterstützung?

Auch bei uns in der Steiermark entwickelt die Landesregierung in letzter Zeit ein gesteigertes Interesse für leistbares Wohnen. Aber was sind die Sonntagsreden und Plakatkampagnen von ÖVP und SPÖ tatsächlich wert? Schauen wir uns dafür die Wohnunterstützung – die wichtigste steirische Zuzahlung zu den Wohnkosten – einmal genauer an: Im Juli gab die Landesregierung bekannt, eine Anpassung um rund 20 Prozent vorzunehmen. Was



Zusammen mit Aktivistinnen und Aktivisten der KPÖ sammelt Bürgermeisterin Elke Kahr Unterschriften für leistbares Wohnen.

sie allerdings verschweigen: Es war die erste Erhöhung der Wohnunterstützung nach sage und schreibe zwölf Jahren Untätigkeit. Und: Die neue maximale Bezugshöhe liegt immer noch mehr als fünf Prozent unter (!) dem Niveau von 2011 – obwohl die Mieten in der Steiermark seither um mehr als 50 Prozent gestiegen sind. Diese „Erhöhung“ der Wohnunterstützung ist also in Wahrheit eine Augenauswischerei.

Mogelpackung Mietpreisbremse

Und auf Bundesebene? Groß waren die Schlagzeilen – „Die Mietpreisbremse kommt!“ Aber tut sie das wirklich? Zum einen gilt diese „Preisbremse“ für frei finanzierte Wohnungen überhaupt nicht. Für die restlichen Wohnungen hat die Bundesregierung eine maximale Mieterhöhung von 5 Prozent beschlossen – und zwar pro Jahr! Das wären bis 2026 im Schnitt weitere 866 Euro mehr pro Haushalt und Jahr.

Mehr noch: Die Nationalbank rechnet für 2024 nur mehr mit 4,1 Prozent und für 2025 mit 2,9 Prozent Inflation. Dieser Pseu-

do-„Mietendeckel“ liegt mit 5 Prozent deutlich darüber und ist demnach keine Unterstützung, sondern eine Gewinngarantie für die Vermieter.

Es geht auch anders

Eine Mietpreisbremse, die diesen Namen tatsächlich verdient, gibt es hingegen in den städtischen Wohnungen von Graz. In den Gemeindewohnungen, wo die Stadt direkt in die Mieten eingreifen kann, hat die KPÖ-geführte Stadtregierung sämtliche Mieterhöhungen des Bundes im vergangenen Jahr zur Gänze abgefedert und nicht an die Mieterinnen und Mieter weitergegeben. Heuer ist die Anpassung mit niedrigen zwei Prozent gedeckelt. Zum Vergleich: Die Kategoriemieten sind in derselben Zeit um unglaubliche 23 Prozent gestiegen. Vor solchen Wohnkosten-Explosionen werden die Mieterinnen und Mieter städtischer Gemeindewohnungen auch weiterhin geschützt: Bis 2026 werden die Mieten maximal nur um weitere vier Prozent angepasst werden.

Wo es eine starke KPÖ gibt, zeigt sich: Es geht auch anders.

Die extremen Teuerungen beim Wohnen sind kein Naturgesetz. Gibt es den politischen Willen, lässt sich vieles für die Menschen verbessern. Die Kompetenzen einer Stadt wie Graz sind allerdings auf die eigenen, städtischen Gemeindewohnungen beschränkt. Für einen wirksamen Mietendeckel für alle restlichen Wohnungen, auch die privaten, braucht es die Initiative der Bundesregierung. Die fühlt sich aber augenscheinlich eher den Profitinteressen der Immobilienbranche und der Hausherren als unserem Grundrecht auf Wohnen verpflichtet. Und über das Grundproblem, dass Wohnraum im Kapitalismus eine Ware wie jede andere ist, mit der spekuliert und Profit gemacht wird, spricht schon gar keiner.

Gemeinsam für leistbares Wohnen!

Damit sich das ändert und Wohnen wieder leistbar wird, braucht es den Druck aus der Bevölkerung auf die Landes- und Bundesregierung. Darum haben wir von der KPÖ im Frühjahr die Wohnpetition gestartet. Tausende Unterschriften sind schon zusammengekommen, viele mehr sollen es noch werden.

Sind Sie auch der Meinung, dass es einen echten Mietendeckel für alle Wohnungen, viel mehr leistbaren öffentlichen, statt profitgetriebenen privaten Wohnbau und eine kräftige Erhöhung und Ausweitung der steirischen Wohnunterstützung braucht? Dann möchten wir Sie herzlich ersuchen, die Wohnpetition mit Ihrer Unterschrift zu unterstützen. Das geht über die Unterschriftenliste oder auch online auf wohnpetition.at.

**DAMIT
WOHNEN
WIEDER
LEISTBAR
WIRD****Claudia
Klimt-Weithaler**
KPO-Landtagsabgeordnete **Setzen wir gemeinsam
ein starkes Zeichen!****wohnpetition.at**

Helpen Sie mit!

**Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an die Stmk. Landesregierung gemäß § 110 Volksrechtegesetz.**

1. Anhebung der Wohnunterstützung sowie der Einkommensgrenzen. Richtlinien ändern, damit wieder mehr Menschen die Wohnunterstützung bekommen können.
2. Einkommensgrenzen beim Kautionsfonds erhöhen.
3. Anhebung des Heizkostenzuschusses sowie der Einkommensgrenzen.
4. Erhöhung der Wohnkostenpauschale der Sozialunterstützung.
5. Wohnunterstützung auch für Bezieher der Sozialunterstützung: Einsatz der Landesregierung für Änderung des Bundesgesetzes.
6. Petition für ein verständliches und soziales Mietrechtsgesetz mit niedrigen Mietzinsobergrenzen an die Bundesregierung.
7. Ausbau und Erhalt von öffentlichem Wohnbau.

LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Sportwetten endlich als Glücksspiel einstufen!

Rund 100.000 Personen in Österreich gelten mittlerweile als wettsuchtgefährdet. Vor allem junge Männer und Menschen, die beispielsweise selbst in Fußball-Vereinen aktiv sind, haben ein massiv erhöhtes Risiko, ein pathologisches Spielverhalten zu entwickeln und damit ihre eigene Existenz und die ihrer Angehörigen zu riskieren. Was gesetzliche Rahmenbedingungen für Sportwetten betrifft, gibt es in Österreich einiges an Aufholbedarf, weiß KPÖ-Gemeinderat **Simon Gostentschnigg**: „Im Gegensatz zu allen anderen EU-Staaten gelten Sportwetten in Österreich nicht als Glücksspiel, sondern werden als Geschicklichkeitsspiel eingestuft. Sportwetten sind demnach nicht dem Glücksspielgesetz unterworfen, weshalb es neben erheblichen steuerlichen Vorteilen für die Anbieter keine ausreichenden Maßnahmen und Regelungen zum Spielschutz und zur Prävention von Spielsucht gibt.“

Auch hinsichtlich der Werbemaßnahmen gibt es in Öster-



Spielsucht gefährdet Existenzen. Die KPÖ setzt sich dafür ein, dass Sportwetten in Österreich endlich auch als Glücksspiel eingestuft werden.

FOTO: RAWPIXEL LTD.

reich kaum Einschränkungen. „Die Konsequenzen dieser äußerst fragwürdigen Einstufung von Sportwetten lassen sich in den Spielsucht-Statistiken ablesen. Die Anzahl der Betroffenen hat sich in den letzten sechs Jahren mehr als vervierfacht“, weiß Gostentschnigg.

Aus wissenschaftlichen Untersuchungen ist bekannt, dass Sportwetten nach dem Automaten Glücksspiel das höchst-

Suchtpotential aufweisen. „Selbst bei akribischster Recherchearbeit vor einer Sportwette ist es unmöglich, den Spielausgang vorherzusagen. Sportwetten sind eindeutiges Glücksspiel und gehören deshalb vom Bundesgesetzgeber auch als solches eingestuft“, fordert Gostentschnigg. Seine Petition wurde im Gemeinderat gegen die Stimmen von KFG und FPÖ angenommen.

Moderne Ausstattung für Grazer Feuerwehr

Zwei Investitionen wurden im Gemeinderat beschlossen, „die der Grazer Berufsfeuerwehr einen noch schnelleren und gezielteren Einsatz ermöglichen“, so der verantwortliche KPÖ-Stadtrat **Manfred Eber**. Zum einen wird die Hardware der Brandmeldezentrale, in der alle Notrufe entgegengenommen werden und unverzüglich die ersten Maßnahmen gesetzt



werden, um 780.000 Euro auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Zudem werden drei neue Logistikfahrzeuge um 480.000 Euro angeschafft. Besonders bei Großschadenslagen, wie Unwettern, können diese Klein-LKWs dank eines durchdachten Logistiksystems verschiedene Einsatzorte mit entsprechendem Gerät rasch versorgen.

Hilfe für Kinder mit Diabetes

Mit der Reform der Schulassistenz hat das Land Steiermark mit Schulbeginn 2023 die Rahmenbedingungen für Kinder verbessert, die aufgrund ihrer medizinischen Bedürfnisse, etwa Diabetes, von einer Schulassistenz Unterstützung benötigen. In Kinderkrippen und -gärten gibt es hier aber nach wie vor Aufholbedarf, daher fordert KPÖ-Gemeinderätin **Elke Heinrichs**, dass die Unterstützung für an Diabetes erkrankte Kinder und deren Eltern auch im elementarpädagogischen Bereich ausgeweitet wird.

KOMMENTAR



Lebensqualität in Gemeindewohnungen

Sechs weitere städtische Wohngebäude mit rund 350 Wohnungen werden in den nächsten Monaten umfassend saniert. Das betrifft nicht nur Dämmungen und andere Maßnahmen zum Energiesparen, sondern auch die Wohnqualität.

Dadurch können jährlich an die 283 Tonnen CO₂ eingespart werden. Das ist wichtig, um die Energiekosten für die Bewohnerinnen und Bewohner zu senken.

Viele Wohnungen bekommen einen Balkon. In der Grazbachgasse wird ein Innenhof entsiegelt, es werden Bäume gepflanzt und manche Wohnhäuser bekommen einen Lift. Auch die Montage von Fotovoltaikanlagen wird bei geeigneten Gebäuden vorbereitet. In Summe investiert Wohnen Graz für diese Bauvorhaben 12,5 Millionen Euro.

Als wir Ende der 1990er-Jahre mit der Sanierung der Gemeindewohnungen begonnen haben, war noch jede vierte Wohnung Substandard. Viele haben keine Dusche und kein WC gehabt. Jetzt wird die Wohnqualität in rund 350 Wohnungen weiter verbessert.

Viele unserer städtischen Gemeindewohnungen haben einen höheren Standard als vieles, was frei finanziert gebaut wird. Darauf bin ich sehr stolz.

Ihre Bürgermeisterin Elke Kahr

SO ERREICHEN SIE ELKE KAHR:

Rathaus, 2. Stock

Tel.: 0316 872-2000

Mail: buergermeisterin.kahr@stadt.graz.at